58. Jahrgang No. 382

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 17. August 1910

Zum agrarischen Boykott

schreiben die Mitteilungen vom Hansabund in Erwiderung der agrarischen Ausreden:

Die „Deutsche Tageszeitung" hat die Naivität, selbst den Beweis dafür anzutreten, daß sie noch heute den Boykott als erlaubt und zweckmäßig erklärt. Hier ihre eigenen Worte:

„Wenn nun die Landleute ihre Kundschaft solchen hansabündlerischen Firmen auflagen und entziehen und diejenigen nicht mehr wirtschaftlich fördern wollen, die sich zum politischen Gegner schlagen und damit an ihrem (der Landleute) wirtschaftlichen Ruin mithelfen; wenn die Landwirte dann lieber zu Geschäftsleuten gehen, die Verständnis für den Landwirt und seine Lebensinteressen haben, so kann man ihnen das wahrlich nicht verdenken. Ja, wenn sie anders handelten, würde man ihnen das als Torheit und als Schlappheit anrechnen können."

Dies ist eine drastische Ermutigung zum Boykott. Das Agrarierblatt wird sich gefallen lassen müssen, selbst als klassischer Zeuge gegen seine eigenen Behauptungen fortan zitiert zu werden.

Ferner hatte die „Deutsche Tageszeitung" den Fall eines angeblichen Boykotts seitens des Hansabundes zitiert, wonach bei der Firma Adam Opel, Motorwagenfabrik, an die Meister und Arbeiter ungeachtet ihrer Beschwerde Mitgliedskarten des Hansabundes mit der Begründung verteilt worden seien, die Firma habe die Mitgliedschaft ihrer Arbeiter erklärt und müsse demnach die Karten verteilen.

Durch Vermittelung der Ortsgruppe Darmstadt des Hansabundes läßt nun die Firma Opel mitteilen, daß an dieser ganzen Meldung kein wahres Wort sei. Insbesondere sei es unwahr, daß die Firma Opel die Mitgliedschaft ihrer Angestellten und Arbeiter erklärt und an diese Mitgliedskarten zu verteilen gesucht habe. Ein solcher Fall sei weder in diesem noch im vergangenen Jahre vorgekommen. Deshalb sei es auch unwahr, daß die Arbeiter gegen eine solche Zwangsverbung Einspruch erhoben hätten.

Auch dieser Fall beweist, bis zu welchem Grade die Verlegenheit über die Boykottmaßnahmen des Hansabundes auf bündlerischer Seite gediehen ist. Die Sorge dieser Herren ist nicht so unberechtigt, denn der Hansabund ist entschlossen, in der Angelegenheit reinen Tisch zu machen und ein für allemal dafür zu sorgen, daß der Gewerbetreibende innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches sicher vor wirtschaftlichen Bedrohungen durch den brutalen Terrorismus einzelner Interessentengruppen seine politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen frei zum Ausdruck bringen darf. Die Aktion des Hansabundes ist deshalb auch gleichzeitig eine Angelegenheit aller mit ehrlichen und anständigen Mitteln kämpfenden Parteien, die wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde in seltener Einmütigkeit durch die Presse ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Hansabundes ausgesprochen haben.

Was in Preußen möglich ist!

Ein Gegenstück zum Fall Bock.

Im Falle des Rektors Bock haben wir wiederholt dem allgemeinen Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, wieso es möglich war, daß das gemeingefährliche Treiben jahrelang im verborgenen blühen konnte. Das Erstaunen wird wachsen, wenn man erfährt, daß im Bereiche der preußischen Schulverwaltung doch noch ganz andere Dinge möglich sind. In der Nummer 162 der „Rheinischen Zeitung" in Köln war zu lesen:

„Aus Bickendorf wird uns geschrieben, daß dort nach einem sehr bestimmt auftretenden Gerüchte am 1. August ein Mann an der Volksschule beschäftigt werden soll, der sich zum Amte eines Lehrers ganz und gar nicht eignet. Es handelt sich um einen gewissen H., der vor zwei Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an schulpflichtigen Mädchen, verhaftet worden ist. In der Gerichtsverhandlung gestand er die Verfehlungen in mehreren Fällen zu. Obwohl er nur wenige Wochen vorher aus Anlaß seiner Versetzung ein amtliches Gesundheitsattest beigebracht hatte, das seine völlige Intaktheit bekundete, wurde angenommen, H. sei geistig gestört. Lange ist er in einer Irrenanstalt gewesen. Jetzt aber soll er, wie es heißt, wieder als Lehrer angestellt werden, und zwar in Bickendorf. Unter den Eltern dieses Vororttes hat sich bereits eine lebhafte Erregung und ängstliche Besorgnis wegen ihrer Kinder bemerkbar gemacht. Man führt die außerordentlich auffällige Förderung des H. auf verwandtschaftliche Einflüsse zurück. Der Vater ist Rektor, der Bruder Geistlicher, und beide verfügen über großen Einfluß in klerikalen Kreisen. Hoffentlich handelt es sich tatsächlich nur um ein Gerücht; denn ein ersprießliches Wirken des H. als Lehrer wäre ganz ausgeschlossen, ganz abgesehen von der Gefahr, in der die Eltern ihre Kinder wissen."

Dem „Berliner Tageblatt" wird die Richtigkeit dieser Angaben bestätigt bis auf den Umstand, daß H. sein Amt nicht zum 1. August, sondern zum 1. Oktober antreten soll, und daß sein Vater nicht Rektor, sondern Hauptlehrer ist. Er wird es aber dank der Protektion seines Schulrats vielleicht noch zum Rektor bringen, obwohl gegen ihn Beschwerden seiner Kollegen wegen jahrlanger Amtswidrigkeiten vorliegen. Hauptlehrer H. ist mit seiner ganzen Familie eine Leuchte der Zentrumspartei, und Beschwerden lassen sich ja auch in der Weise erledigen, daß man die Beschwerdeführer versetzt, wenn man sonst nicht gegen sie vorgehen kann. Was nun den jüngeren H. betrifft, so soll er schon vom Seminar, kurz vor der Prüfung, „wegen Krankheit" entlassen worden sein. Seine Prüfungen hat er dann anderswo doch abgelegt. Zum 1. Oktober 1907 sollte H. von Wehn nach Köln versetzt werden, vorher jedoch, am 6. August erfolgte seine Verhaftung wegen Sittlichkeitsverbrechens. Er gestand mehrere der ihm zur Last gelegten Verbrechen zu, wollte aber „in Geistesabwesenheit" gehandelt haben. In der Haft verlangte er, man sollte ihm entmannen. H. ist dann beobachtet worden, das Verfahren scheint eingestellt worden zu sein. Mag H. nun ein Simulant oder ein Unglücklicher sein, Tatsache bleibt, daß er sich gegen Schulmädchen sittlich vergangen hat. Wie ist es möglich, daß solch ein Mensch überhaupt wieder für ein Lehramt an einer Volksschule in Aussicht genommen werden konnte?

Die Affäre v. Richthofen-Mertschütz.

Zu den letzten Mitteilungen der „Deutschen Journalpost" über die Steuerangelegenheit des Landrats a. D., Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Richthofen-Mertschütz schreibt die „Kons. Korr.":

„Herr Freiherr v. Richthofen-Mertschütz ermächtigt uns zu der Erklärung, daß er selbstverständlich der Veranlagungskommission zu Liegnitz auch das Material zur Beurteilung der vorangegangenen Jahre genau unterbreitet hat. Es sind gerade die Ergebnisse der letzten drei Wirtschaftsjahre 1906/07, 1907/08 und 1908/09, in denen der Wirtschaftsinspektor Kasten unausgesetzt auf dem Rittergute Mertschütz tätig war, von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission in Gemeinschaft mit einem vereideten Protokollführer einer detaillierten Prüfung unterzogen worden. Auch dabei hat sich nicht das geringste Bedenken gegen die Angaben des Freiherrn v. Richthofen, die mit den genauesten Belägen versehen waren, ergeben."

Es wird abzuwarten sein, welches Ergebnis die Beschwerde des Detektivs Gräger und welches Resultat die vom Freiherrn v. Richthofen angestrengten Prozesse haben werden.

Gegen die Fleischnot.

In Nürnberg beschloß angesichts der durch die Fleischteuerung drohenden Unterernährung der Bevölkerung das Gemeindekollegium, den Magistrat um sofortige Vorstellung bei der Staatsregierung zwecks Herbeiführung besserer und billigerer Fleischversorgung zu ersuchen.

Der Präsident von Chile Montt †

Einer Meldung aus Bremen zufolge ist der Präsident der chilenischen Republik, Pedro Montt, der gestern dort an Bord des Lloyddampfers „Kaiser Wilhelm der Große" eingetroffen war, gestern abend um 11 Uhr 50 Minuten am Herzschlage gestorben.

Der Präsident Montt litt schon seit längerer Zeit an Schwäche und bekam am 30. Juni nachts plötzlich einen Anfall von Herzasthma, von dem er sich aber wieder erholte. Nachdem er einige Zeit in strenger ärztlicher Behandlung gewesen war, rieten ihm seine Ärzte, sich nach Bad Nauheim zu begeben, und sich dort einer Kur zu unterziehen, da man an ihm eine hochgradige Herzmuskelschwäche konstatiert hatte. Am 16. Juli trat er in Begleitung seiner Gattin, seiner Schwägerin und des Gefolges die Reise nach Deutschland an. Sie verlief ziemlich günstig, und Präsident Montt kam gestern um 9 Uhr 37 Minuten anscheinend ziemlich wohl und in vergnügter Stimmung in Bremen an. Er speiste noch in Hillmanns Hotel mit seinem Gefolge und einigen befreundeten Herren und machte dann einen kleinen Spaziergang. Um 11 Uhr 50 Minuten, als er sich gerade zu Bett begeben wollte, verschied er an einem Herzschlag. Er wird heute einbalsamiert werden. Der chilenische Gesandte in Berlin wird in Bremen erwartet, um weitere Entschließungen treffen zu können.

In dem Augenblick, als der Präsident Montt in New-York sich auf den Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" begab, um sich mit diesem nach Deutschland zu begeben, wurde in seiner unmittelbarsten Nähe das Attentat gegen den New-Yorker Bürgermeister Gaynor verübt. Es scheint, daß die durch dieses Attentat hervorgerufene Aufregung das Befinden des herzkranken Präsidenten sehr ungünstig beeinflußt hat.

Präsident Montt hat ein Alter von 64 Jahren erreicht. Seit 1876 gehörte er der chilenischen Kammer, seit 1886 mit Unterbrechungen der Regierung an. Zum Präsidenten wurde er von allen Parteien mit Ausnahme der Klerikalen gewählt.

Unterrockpolitik in Spanien.

Wie aus San Sebastian gemeldet wird, hat die Königin-Mutter von Spanien gestern den päpstlichen Nunzius Msgr. Vico in Gegenwart des Ministers des Aeußeren (!) empfangen.

Der päpstliche „Osservatore Romano" bezeichnet die Nachricht eines englischen Blattes, wonach der Vatikan Schritte getan habe, damit die Protestkundgebung der Klerikalen in San Sebastian gegen die spanische Politik unterbleibe, als vollständig unbegründet. Der päpstliche Stuhl, der stets sein Verhalten nach den strengen Regeln der Korrektheit und der Würde einrichte, stehe der Aktion, die die spanischen Katholiken zur Wahrung ihrer Rechte gegen die Politik der Regierung glaubten unternehmen zu müssen, gänzlich fern, und wie er die Kundgebung nicht gefördert habe, so habe er auch keinen Schritt getan, sie zu verbieten.

Neue Zusammenstöße in Bilbao.

Wie aus Bilbao berichtet wird, kam es dort infolge verschiedener, von ausständigen Grubenarbeitern unternommener Versuche, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, zu mehreren Zusammenstößen. Bei einem Bergwerk wurde ein Arbeitszug von 200 Ausständigen mit Steinen beworfen und beschossen. Die Streikenden durchzogen mit Waffen und Stöcken das Grubengebiet, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern. Umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind getroffen worden.

Graf Aehrenthal und der türkische Großwesir.

Wie aus Marienbad gemeldet wird, machte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Aehrenthal dort gestern mit dem türkischen Großwesir Hakki Pascha eine längere Ausfahrt. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" schreibt aus Anlaß der Begegnung:

Hakki Pascha, der am 14. d. M. in Marienbad eingetroffen war, hat den ebenfalls dort weilenden Grafen v. Aehrental besucht. Beide Staatsmänner benutzten diese Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die wichtigen Fragen, die in der letzten Zeit im Vordergrunde der Diskussion standen. Entsprechend den zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei erfreulicherweise bestehenden vorzüglichen Beziehungen trug diese Aussprache einen sehr herzlichen Charakter an sich.

Der türkische Finanzminister Dschawid Bei, der gestern aus Berlin in Marienbad eingetroffen war, besuchte dort den Großwesir Hakki Pascha und reiste am Abend weiter.

Die Heimkehr des Präsidenten Fallières.

Aus Bern wird berichtet: Der Präsident Fallières, der gestern den ganzen Vormittag in der französischen Botschaft zugebracht hatte, stattete am Nachmittag dem Bundespräsidenten Comtesse einen Besuch ab und unternahm sodann mit dem Bundespräsidenten und verschiedenen Bundesräten eine Automobilfahrt in die Umgebung. Bei dem Diner, das gestern abend in der französischen Botschaft stattfand, wechselten der Präsident Fallières und der Bundespräsident Comtesse herzliche Trinksprüche. Um 10½ Uhr fuhr Fallières mit einer Dragonereskorte zum Bahnhof, wo der Bundesrat mit seinem Präsidenten an der Spitze zur Verabschiedung erschienen war. Nach herzlichen Abschiedsworten Fallières verließ der Zug um 11 Uhr unter Kanonendonner und den Klängen der Marseillaise den Bahnhof.

Gedenkfeiern auf Schlachtfeldern. In Metz fand heute vormittag um 8 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Esplanade in Anwesenheit sämtlicher Militär- und Zivilbehörden, einer sehr großen Zahl von Veteranen sowie einer gewaltigen Menschenmenge ein Feldgottesdienst statt. Hierauf marschierten die Fahnendeputationen am Grafen Häseler vorbei. Für den morgigen Schlußtag der Feierlichkeiten ist der Besuch der Schlachtfelder von Gravelotte, Rezonvaux und St. Privat, auf denen Gedenkfeiern stattfinden sollen, vorgesehen.

Der preußische Kriegsminister v. Heeringen hat an den gestrigen Gedenkfeierlichkeiten nicht teilgenommen, sondern eine Inspizierung des Festungsgeländes vorgenommen, die allerdings in die Gegend der westlichen Schlachtdenkmäler führte. Heute abend trifft der Generaloberst v. Plessen zur Teilnahme an dem morgigen Feierlichkeiten in Metz ein.

Geständnis der Leipziger Mörder.

Die sensationelle Mord- und Erpresseraffäre in Leipzig, die schon seit Jahren die Pleißestadt in Aufregung versetzte und überall großes Aufsehen hervorrief, hat jetzt durch das **Geständnis** der unter dem Verdacht der Täterschaft **verhafteten Brüder Karl und Friedrich Koppius** ihre völlige Aufklärung erhalten. Ein Telegramm aus Leipzig meldet uns:

Die Brüder Karl und Friedrich Koppius haben **gestanden**, den **Mord an den Friedrichschen Eheleuten** und das **Attentat in der Liviastraße** gemeinsam verübt zu haben. Den **Ueberfall auf den Briefträger Rübner** und den **Mordversuch an Frau Wagner** hat Karl Koppius allein verübt; ebenso hat er, wie die „Leipziger Zeitung" meldet, die **Erpresserbriefe** an die Firma Weber geschrieben.

Der Knabenmord im Grunewald aufgeklärt.

Die Verzweiflungstat eines Vaters.

Das schwere Verbrechen im Grunewald in der Nähe des Teufelssees, dem, wie berichtet, gestern nachmittag ein fünf- bis sechsjähriger Knabe zum Opfer fiel, hat rasch seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich um die Verzweiflungstat eines Vaters, der aus Gram über den Tod seiner Frau und aus Sorgen über ein eigenes schweres Magenleiden zusammen mit seinem kleinen Sohn aus der Welt gehen wollte. Er vergiftete zuerst den Knaben mit Lysol, wurde dann aber an der weiteren Ausführung seines Planes durch zwei Passanten gestört. Der Mörder hat sich heute morgen auf der Revierwache 2 in Groß-Lichterfelde selbst gestellt. Ueber die furchtbare Tat werden uns folgende Einzelheiten gemeldet:

Als gestern nachmittag die Kaufleute Wenzel Otomanski und Oskar Burckhardt sich vom Bahnhof Grunewald auf den Waldweg nach Schildhorn begaben, hörten sie plötzlich in der Nähe des Teufelssees ein schwaches Wimmern sowie einen leisen Hilferuf, der aus der Tannenschonung hervorzudringen schien. Die beiden Spaziergänger drangen in das Gebüsch ein. Als sie etwa 15 Meter in die Schonung eingedrungen waren, bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Auf einer kleinen, freien Grasstelle lag ein etwa fünf- bis sechsjähriger Knabe, der sich unter entsetzlichen Zuckungen auf dem Boden wand. Das Gesicht des Kleinen war angstvoll verzerrt und vor dem Munde stand ihm dicker, roter Schaum. Neben dem Kinde lag auf dem Boden eine Lysolflasche, die bereits bis zu einem Viertel geleert war. Beim Herannahen der beiden Kaufleute sprang aus der Tannenschonung ein fremder, anständig gekleideter Mann, der in schnellem Laufe der Station Grunewald zustrebte. Da der Zustand des Knaben sich zusehends verschlechterte, sahen die beiden Kaufleute von einer Verfolgung des Fremden, in dem sie den Mörder des Kindes vermuteten, ab und suchten das unglückliche Opfer, dessen Mund und Zunge von dem ätzenden Lysol völlig verbrannt war, in Sicherheit zu bringen. Der Kleine wurde von einem Gendarmen in einem Wagen nach dem Grunewaldsanatorium in der Hagenstraße gebracht, doch war es bereits zu spät. Nach einigen Minuten starb der Knabe.

Der unbekannte Mann war inzwischen über Station Grunewald nach Eichkamp gelaufen. Anstatt den Zugang zum Bahnsteig zu benutzen, kletterte der Flüchtige über den 1½ Meter hohen Drahtzaun des Bahngeländes und überschritt dann die Gleise. Das Bahnpersonal machte dem Fremden wegen dieser Ungehörigkeit Vorwürfe, ließ ihn jedoch wieder laufen. Wenige Minuten später bestieg der Mörder einen Stadtbahnzug, der nach Berlin fuhr. Im Auftrage der Berliner Kriminalpolizei begab sich noch am selben Abend Regierungsrat Doyé im Automobil nach Schildhorn und besichtigte den Tatort, an den auch der Polizeihund „Prinz I" beordert war. Am heutigen